

Preisauszeichnung im Fokus des Kartellamtes

Das Kartellamt hat seit Jahrzehnten immer wieder die Mineralölwirtschaft überprüft. Klare Aussage: „Es gibt keine Anzeichen für Absprachen.“

Das Kartellamt ist immer bemüht, den Wettbewerb der Wirtschaft in Deutschland aufrecht zu erhalten. Deshalb hat man auch die vielen Fusionen in der Mineralölwirtschaft in den letzten Jahrzehnten immer wieder gern genehmigt.

Zu Ostern, zu Pfingsten und zu den Sommerferien war es dann wieder soweit. Der ADAC stellte sich hin und lamentierte lauthals über die unzumutbar hohen Spritpreise und dies immer wieder zu Ostern, Pfingsten und den Ferien.

Aufgeschreckt durch diese neue Weisheit bemühten sich unser ehemaliger Bundespräsident und unser derzeitiger Wirtschaftsminister zu eigenen Stellungnahmen. Den Vorwurf einer Absprache kann aber nun wirklich niemand gegen diese Beiden erheben. Der Ex-Bundespräsident Horst Köhler stellte fest: „Die Kraftstoffpreise sind viel zu niedrig, sie müssten aus ökologischen Gründen angehoben werden!“ Der Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle hielt dagegen: „Diese Abzocke muss unterbunden werden, die Preise sind zu hoch. Das Kartellamt muss prüfen, ob da alles mit rechten Dingen zugeht“.

Das Kartellamt hat seit Jahrzehnten immer wieder die Mineralölwirtschaft überprüft. Klare Aussage: „Es gibt keine Anzeichen für Absprachen. Es ist erlaubt die

Preise von den Anzeigen des Wettbewerbers abzuschauen und das wird gemacht.“

Jeder Tankstellenbetreiber kann diese Aussage bestätigen, da er einen guten Teil seiner Zeit auf der Straße verbringt, um zu sehen was auf den Preisauszeichnungen der direkten Wettbewerber steht. Abgucken ist ausdrücklich erlaubt, so das Kartellamt.

Nach dieser Meldung kam ganz schnell eine Stellungnahme aus dem Wirtschaftsministerium, dass man prüfe, ob die Anzeige der Preise nicht doch eine Form der Absprache erfüllt. Erst zwingt man durch staatliche Preisanzeigeverordnung die Branche zu einer Auszeichnung, mit dem Hinweis so kann jeder Kunde die Preise besser vergleichen und stellt nun ganz überrascht, aber mit Sicherheit großem wirtschaftlichen und politischem Sachverstand untermauert fest, dass dann auch der Wettbewerber den Preis sieht.

Liebe Politik macht es doch so wie in der Schule und verbietet das abgucken und wenn das nicht hilft, verteilt ihr Verbraucherbrillen in Rosa durch die der Kunde die



Preise sieht und an die Tankstellenbetreiber in schwarz oder gelb mit denen er blind durch die Gegend fahren kann. So wie es einige Politiker scheinbar machen!

Liebe Politiker und nun eine ganz geheime Info: Die Preise über die ihr schimpft sind zum größten Teil Steuereinnahmen und staatliche Belastungen, da hat der arme Tankstellenbetreiber gar nichts mit zu tun und bei jeder Preiserhöhung verdient der Staat mit. An dieser Schröpfung des Bürgers ändert sich auch nichts, wenn der Bundesverkehrsminister und der Bundesumweltminister nun über eine Maut für PKW auf allen Straßen nachdenken. Wir geben einen kleinen Tipp: In Holland hat genau diese Überlegung mit zum Sturz der Regierung geführt. Irgendwann tut's doch zu weh und der Bürger reagiert bei der Wahl! Bitte dran denken: Auch nach NRW bleibt es dabei; nach der Wahl ist vor der Wahl!

Sind wir in der Hand von Spielern?

Ist wirklich alles zum Nutzen der Bürger?



Die Überschrift ist das Regierungsprogramm der deutschen Politik. Es gilt schon seit geraumer Zeit und ist immer wieder die Grundlage des politischen Handelns. Die Bürger und insbesondere der Mittelstand, die immer wieder an vorderster Front bemüht sind die Wünsche der Politik umzusetzen, sind mal wieder die Dummen.

Aktuell definiert die Politik Klimaziele und legt Förderprogramme auf, die sie dann ganz schnell wieder kassiert. Verkauft wird das Ganze dann unter dem Titel: „Zum Nutzen der Bürger!“

Die Diskussion um die Kappung der Photovoltaik-Fördersätze in Deutschland um 16% ist noch nicht abgeebbt, da kommt es schon vor der Verabschiedung in der Länderkammer zu einer erneuten Kehrtwende. Was daraus dann neu entsteht, wird die Zukunft weisen. Einiges weist auf eine Reduzierung um lediglich 10% hin. Aber erneut zückt die Bundesregierung den Rotstift: Nun ist das Marktanreizprogramm (MAP) für Erneuerbare Energien an der Reihe. In diesem Frühjahr wurden im Haushaltsausschuss Kürzungen sowie eine teilweise Haushaltssperre beschlossen.

Nach Presseberichten, hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages drastische Einschnitte beim Haushaltsposten „Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Ener-

gien“ beschlossen. Aus diesem Posten werden unter anderem das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energie (MAP) und weitere Maßnahmen wie das Impulsprogramm Mini-KWK-Anlagen finanziert.

Der eigentlich vorgesehene Etat von 467,8 Mio. Euro wurde um 19,5 Mio. Euro gekürzt. Darüber hinaus beschloss der Ausschuss eine Haushaltssperre über weitere 115 Mio. Euro, was insgesamt einer (einstweiligen) Kürzung um rund 30% gleichkommt.

Nun wird gerätselt, wie sich die Kürzungen in der Praxis auswirken werden. Bekannt wurden folgende Punkte:

Der Kesseltauschbonus für Solar Kollektoranlagen zur kombinierten Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung wird um ein Jahr bis Ende 2010 verlängert. Allerdings beträgt der Bonus nur noch 400 Euro statt bislang 750 Euro - und zwar rückwirkend ab dem 1. Januar 2010.

Auch die Förderhöchstbeträge für effiziente Wärmepumpen wurden teilweise deutlich reduziert. Sie sind nunmehr als Festbeträge gestaffelt und richten sich für Wohngebäude jetzt nach der Zahl der Wohneinheiten.

Die Calpam hat sich immer wieder für einen sinnvollen Umgang mit

der uns zur Verfügung stehenden Energie ausgesprochen und deshalb geht es an dieser Stelle nicht um die Frage, ob die Förderung solcher Maßnahmen sinnvoll ist oder nicht, sondern um die Frage, worauf kann sich der Bürger und der Mittelstand einstellen, wenn immer wieder neue Programme proklamiert und kurze Zeit später wieder kassiert werden? Es geht um die Frage: „Wie verlässlich ist deutsche Politik?“

In diesem Fall geht es um eine kleinere Summe. Aber holla, werden jetzt viele Fragen, wieso sind rund 130 Millionen Euro eine kleinere Summe? Na ja, weil die Förderung der Sonnenenergie mit den entsprechenden Anreizprogrammen über 125 Milliarden Euro für die geplante Investitionszeit kostet.

Wenn man, anstatt dieses Geld in einer Region, die für die Sonnenenergienutzung nicht prädestiniert ist, in ein entsprechendes Pro-



© by_S.-Hofschlaeger_pixelio.de



© by_Oliver-Haja_pixelio.de



gramm in Griechenland stecken würde, wären die Griechen ihr Schulden fast los, sie hätten eine klare wirtschaftliche Perspektive nach vorne und Europa würde kein Überschuldungsproblem haben. Alle Menschen in Europa würden damit gewinnen.

Politik, die auf den Grundsätzen eines Rein- Raus-Aktionismus aufgebaut ist, verliert an Glaubwürdig-

keit und führt zu Verdrossenheit beim Bürger. Der Bürger versteht nicht mehr, was mit ihm gemacht wird und er verweigert die Gefolgschaft. Dies sollten sich die Verantwortlichen mal überlegen. Diese Politik führt zu Politikverdrossenheit, mit allen damit verbundenen negativen Folgen.

Die Wirtschaft kann nicht mehr planen und wir erleben in immer kür-

zeren Zyklen, dass diese Rein-Raus-Mentalität den Mittelstand immer wieder an die Grenzen der Lebensfähigkeit führt. Hier soll nur als Beispiel der Umgang mit Biodiesel genannt werden. Viele Firmen mussten große Verluste hinnehmen und viele Arbeitsplätze sind vernichtet worden. Das gleiche droht nun den Herstellern von Miniheizkraftwerken.



Der Staat mischt mit

Dass Öl, Gas und Kohle inzwischen in den Schulbüchern als schmutzige Energie gebrandmarkt wird, daran haben wir uns gewöhnt.

Dass die Bundesregierung Geld ausgibt, das sie nicht hat, daran haben wir uns gewöhnt. Dass die Bundesregierung Geld in Projekte steckt, deren Sinn zweifelhaft ist, daran haben wir uns gewöhnt.

Die Stromkunden, also wir alle, zahlen immerhin in 5 Jahren einen Beihilfepfopf von über 125 Mrd. € für Strom aus Sonnen- und Windenergie. Da das aber nicht genug ist, plant die Regierung auch noch das Elektrofahrzeug zu sponsern. Nach der Freigabe der Milliarden für Griechenland zur Rettung der Europäischen Union, wurde sowohl von der Kanzlerin, als auch vom Finanzminister, die Rückkehr zu den Stabilitätskriterien versprochen, die die Grundlage der Europäischen Union sind. Die Schuldenbremse ist sogar dafür von der großen Koalition in das Grundgesetz aufgenommen worden.

„Mein Großvater fuhr einen Benziner, mein Vater einen Diesel - ich werde elektrisch fahren.“ Dies ist zwar die Werbung von Renault aber sie scheint auch das Staatsziel von Angela Merkel zu sein. Der Einstieg in das „Nach Karbonzeitalter“ scheint das Leitmotiv der Kanzlerin zu sein. Koste es, was es wolle.

Mehr als 10 Mrd. €, so wird aus Berlin verlautet, will allein die deutsche Automobilindustrie in den kommenden drei bis vier Jahren in die Entwicklung alternativer

Antriebe investieren. Die Botschaft, die im Volk ankommen soll, ist eindeutig: Das Elektroauto steht vor der Tür, die nächste Kaufentscheidung kann nur zu seinen Gunsten ausfallen. Angesichts des E-Hype wird

inzwischen freilich sogar denen mulmig, die ihn losgetreten und befördert haben. Denn vor dem seriengefertigten Elektroauto für den Alltag bauen sich hohe Hürden auf. Angesichts der politischen Unterstützung, die dieses Antriebs-



Wandel der Zeit: 1963 und 2007



Ersetzt die Lithium-Ionen Batterie Benzin und Diesel?